

Freie Demokraten

FDP



**Wahlprogramm
der Freien Demokraten
Mülheim an der Ruhr
zur Kommunalwahl 2025**

Mülheim kann mehr.

Wir zeigen wie.

Alondra von Groddeck

Kreisvorsitzende



Liebe Mülheimerinnen und Mülheimer,

am 14. September steht für unsere Stadt eine Entscheidung an, die näher an unserem Alltag liegt als jede andere Wahl. Bei der Kommunalwahl geht es nicht um ferne Politik in Berlin oder Brüssel, sondern um Mülheim – um unsere Straßen, unsere Sicherheit, unsere Wirtschaft und um die Frage, wie wir hier in den nächsten Jahren leben wollen.

Ich bin in Mülheim geboren und hier groß geworden. Mülheim ist mein Zuhause. Ich kenne die schönen Seiten unserer Stadt – die Ruhr, unsere Unternehmen und Vereine, die vielen engagierten Menschen – und ich sehe auch, wo wir es besser machen können. Mülheim hat viele Chancen. Damit wir sie nutzen, brauchen wir klare Entscheidungen und den Mut, Dinge anzupacken.

Die letzten Jahre unter Schwarz-Grün haben gezeigt, wie sehr unsere Stadt unter fehlender Klarheit und ideologisch geprägten Entscheidungen leidet. Viele Themen wurden vertagt, wichtige Projekte blockiert. Statt mutig anzupacken, hat man sich in Detaildebatten verloren. Das Ergebnis sehen wir alle: eine Innenstadt, die neuen Schwung braucht, Verkehrsentscheidungen ohne Augenmaß und eine Verwaltung, die nicht schneller, sondern langsamer geworden ist. Mülheim braucht endlich wieder pragmatische Politik.

Als Freie Demokraten stehen wir für eine Politik mit Vernunft und Augenmaß. Für mich bedeutet das: eine starke Wirtschaft, die Arbeitsplätze sichert, eine Verwaltung, die den Menschen dient und eine Stadt, in der man sich zu jeder Zeit sicher fühlen kann. Es bedeutet, dass wir beim Verkehr alle mitdenken – Auto, Rad, Bus – aber ohne ideologische Verbote und ohne Politik gegen das Auto. Und es bedeutet, dass wir mit dem Geld der Bürger so umgehen, wie man es privat auch tun würde: verantwortungsvoll, solide, mit Blick auf die Zukunft.

Mir ist wichtig, dass Mülheim wieder eine Stadt wird, in der man gerne lebt, arbeitet und investiert. Wir brauchen eine attraktive Innenstadt, sichere Viertel, gut funktionierende Verkehrswege und eine Verwaltung, die nicht blockiert, sondern ermöglicht. Wir brauchen Vertrauen – zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung.

Die Kommunalwahl ist Ihre Gelegenheit, den Kurs für Mülheim mitzubestimmen. Ich trete an, weil ich fest davon überzeugt bin, dass wir gemeinsam mehr aus unserer Stadt machen können. Ich bitte Sie am 14. September um Ihr Vertrauen – für eine Politik, die Mülheim voranbringt und unsere Stadt wieder stark, sicher und lebenswert macht.

Ihre Alondra von Groddeck

Kreisvorsitzende der FDP Mülheim an der Ruhr

Peter Beitz

**Oberbürgermeister-
kandidat**



Liebe Mülheimerinnen und Mülheimer,

Mülheim an der Ruhr ist nicht nur der Ort, an dem ich lebe, es ist meine Heimat. Mülheim ist voller Herz, Geschichte und Tatkraft. Eine Stadt, die so viel mehr sein kann, als sie heute ist.

Ich sehe jeden Tag, wie viel Potenzial in unserer Stadt steckt: in ihren Menschen, ihren Ideen, ihrem Unternehmergeist. Doch ich sehe auch, was uns bremst: Verwaltung statt Aufbruch. Stillstand statt Vision.

Ich glaube an den Wandel. Und ich glaube an Mülheim.

Wir brauchen den Mut, neu zu denken. Eine Verwaltung, die nicht nur verwaltet, sondern gestaltet. Eine Verwaltung, die nicht blockiert, sondern begeistert.

Eine Politik, die nicht belehrt, sondern zuhört.

Als Ihr Oberbürgermeister verspreche ich: Ich werde nicht zögern. Ich werde handeln.

Ich werde Brücken bauen zwischen Bürgern, Wirtschaft, Verwaltung und gemeinsam mit Ihnen unsere Stadt neu beleben.

Bildung, Mobilität, Sicherheit, Wirtschaft, Digitalisierung, das sind keine Schlagworte, das sind Aufgaben, für die ich einstehe.

Ich will Mülheim wieder zu einer Zukunftsstadt machen, zu einem Ort, auf den wir alle stolz sein können. Mülheim ist unsere Stadt.

Ich bin nicht perfekt, aber ich bin bereit.

Bereit, Verantwortung zu übernehmen.

Bereit, mutige Entscheidungen zu treffen.

Und bereit, mich mit ganzer Kraft für Mülheim einzusetzen.

Mülheim kann mehr. Und ich werde alles geben, damit es das auch zeigt.

Ihr Peter Beitz

Oberbürgermeisterkandidat der FDP

Das Wahlprogramm der Freien Demokraten Mülheim an der Ruhr:

Mülheim kann mehr.

Wir zeigen wie.

Präambel

Wir, die FDP Mülheim an der Ruhr, treten zur Kommunalwahl 2025 an, um unsere Stadt mutig und verantwortungsvoll zu gestalten und die Lebensqualität für alle Bürgerinnen und Bürger spürbar und nachhaltig zu verbessern. Freiheit, Fortschritt und Eigenverantwortung sind die Leitprinzipien unseres Handelns. Wir sind überzeugt, dass Mülheim voller Potenzial steckt, das wir mit einer liberalen und zukunftsorientierten Politik entfalten werden. Wir glauben an die Stärke des Einzelnen und an eine Stadt, die Raum für Kreativität, Unternehmertum und Raum für neue Ideen bietet. Unser Wahlprogramm steht für eine Politik, die Mülheim mit Tatkraft voranbringt.

Unser Wahlprogramm ist ein Kompass für eine Politik, die Mülheim mit Entschlossenheit und Weitblick voranbringt. Dabei setzen wir auf eine offene und transparente Kommunikation mit den Menschen in unserer Stadt und laden Sie herzlich ein, sich aktiv an der positiven Veränderung unserer Stadt zu beteiligen. Gemeinsam schaffen wir ein Mülheim, das für alle Bürgerinnen und Bürger verschiedener Generationen attraktiv ist.

1. Sicherheit und Ordnung

Mülheim an der Ruhr soll eine Stadt sein, in der sich alle Menschen zu jeder Zeit sicher und wohlfühlen können. Lebensqualität beginnt mit dem Gefühl, frei und unbeschwert unterwegs sein zu können, sowohl auf Straßen, Plätzen, in Parks und öffentlichen Verkehrsmitteln. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass eine lebens- und liebenswerte Stadt immer auch eine sichere Stadt ist.

Wir setzen uns daher dafür ein, dass Sicherheit und Ordnung in Mülheim nicht nur gefühlt, sondern tatsächlich gewährleistet wird. Das subjektive Sicherheitsgefühl und die objektive Sicherheitslage müssen gemeinsam verbessert werden. Deshalb fordern wir eine rund um die Uhr sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst in der Innenstadt, insbesondere an neuralgischen Punkten wie dem Hauptbahnhof, der Schloßstraße oder Ruhrbania.

Angsträume dürfen in unserer Stadt keinen Platz haben. Wo heute schon unsichere Orte bestehen, wollen wir diese durch bessere Beleuchtung, städtebauliche Anpassungen an Straßen, Wegen, Unterführungen und Plätzen gezielt aufwerten. Unser Leitsatz lautet: „Ausleuchtung schafft Sicherheit; Schattenräume verhindern!“. Was heute als Angstraum empfunden wird, soll städtebaulich so entwickelt werden, dass sich insbesondere Reisende und Passanten, aber auch Taxifahrer wieder sicher fühlen. Aus diesem Grund fordern wir die sinnvolle Verlegung des Taxistands am Nordeingang des Hauptbahnhofs zurück in den sichtbaren Bereich.

Messerverbotzonen und flächendeckende Videoüberwachung bekämpfen weder die Ursachen noch wirksam die Symptome von Gewalt und Unsicherheit. Sie sind Symbolpolitik, die ein Gefühl von Sicherheit vorgaukelt, ohne tatsächliche Probleme zu lösen. Wir Freie Demokraten setzen stattdessen auf wirksame Präventionsarbeit, eine sichtbare Präsenz von Polizei und Ordnungsdienst sowie eine konsequente Ahndung von Straftaten.

Wir wollen der Drogen- und Alkoholszene im Stadtgebiet konsequent entgegentreten. Auffälliges, provozierendes Verhalten im öffentlichen Raum, etwa aggressives Trinken oder Belästigung von Passanten, muss unterbunden und bei Bedarf mit konsequenten Platzverweisen geahndet werden. Für die betroffenen Personen sollen die bestehenden Hilfsangebote aktiv genutzt werden. Gleichzeitig fordern wir die Verschärfung des kommunalen Bußgeldkatalogs.

Zur schnellen Hilfe in Notsituationen schlagen wir die Einrichtung von öffentlich zugänglichen Notrufsäulen an besonders gefährdeten Standorten vor. Außerdem sollen dort, wo es sinnvoll ist, private Sicherheitsdienste unterstützend eingesetzt werden.

Kriminalität muss beim Namen genannt werden, auch Clankriminalität. Wir verurteilen jede Form organisierter Kriminalität und fordern eine konsequente Ahndung. Sicherheit darf keine Tabus kennen.

Die wiederholten Vorfälle rund um das Autonome Zentrum Mülheim, darunter auch gewalttätige Übergriffe auf Polizeibeamte, zeigen deutlich, dass Einrichtungen, die den Rechtsstaat ablehnen oder aktiv gegen staatliche Institutionen arbeiten, nicht mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden dürfen. Steuergelder haben dort nichts zu suchen, wo Gewalt verherrlicht, Polizei diffamiert und rechtsstaatliche Prinzipien missachtet werden. Wir fordern, sämtliche städtischen Zuschüsse und Unterstützungsleistungen für das Autonome Zentrum restlos zu streichen.

Die veränderte geopolitische Lage, neue sicherheitspolitische Risiken und mögliche Versorgungsengpässe, etwa durch Blackouts oder Cyberangriffe, zeigen auf, dass auch Mülheim auf Krisen- und Katastrophenfälle besser vorbereitet sein muss. Wir fordern daher, den kommunalen Bevölkerungsschutz organisatorisch und materiell deutlich zu stärken. Die Stadt muss ihre Krisenpläne aktualisieren, die notwendige Infrastruktur auszubauen und die Einsatzfähigkeit in Ernstfällen realistisch erproben.

Krisen-Resilienz darf kein Nebenthema sein, sie ist vielmehr ein zentraler Bestandteil verantwortungsvoller Kommunalpolitik.

Ein zentrales Anliegen für uns ist, dass Mülheim wieder ein eigenes Polizeipräsidium bekommt. Mehr Polizei vor Ort, mehr Ordnungskräfte im Stadtgebiet, das schafft Präsenz und Vertrauen. Sicherheit muss sichtbar sein.

Zur gelebten Ordnung gehört für uns auch ein sauberes Stadtbild. Müll, Dreck und sonstige Rückstände, wie sie aktuell immer wieder auf der Schloßstraße, im Bereich von Ruhrbania und am Hauptbahnhof zu finden sind, sind nicht akzeptabel. Sie verschlechtern nicht nur den Eindruck von unserer Stadt, sondern ziehen auch Schädlinge wie Ratten an. Wir fordern daher eine konsequentere Verfolgung von Müllverursachern, angepasste Reinigungsintervalle und eine spürbare Aufwertung des gesamten Umfelds.

Auch der Umgang mit Radverkehr auf der Schloßstraße muss klar geregelt sein. Die Schloßstraße ist eine Fußgängerzone. Fußgängerinnen und Fußgänger haben Vorrang. Wo das Radfahren bereits erlaubt ist erwarten wir von Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrern ein umsichtiges Verhalten im Schritttempo. Lastenräder dürfen nicht auf den Laufbereichen der Einkaufsstraße verkehren, da sie die Sicherheit und Bewegungsfreiheit der Passanten und ihrer Kinder erheblich einschränken. Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, diese Regeln konsequent zu kontrollieren und durchzusetzen, um die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt zu verbessern und Konflikte zu vermeiden. Bei Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit wollen wir auch lokale Akteure wie die Verkehrswacht Mülheim aktiv einbinden. Ihre Erfahrung und ihr Engagement sind ein wertvoller Beitrag für eine sichere Stadt.

Schließlich setzen wir uns dafür ein, dass neue und bestehende Geschäfts- und Shop-Beschilderungen im Stadtgebiet, künftig in deutscher Sprache erfolgen. Sprache schafft Orientierung und Identität im öffentlichen Raum, auch für unsere

Stadtgesellschaft. Zu diesem Zweck soll die Stadtverwaltung mit den Unternehmen in den Austausch gehen und für eine Anpassung der Beschilderung werben.

Verwahrloste, leerstehende oder verfallende Gebäude, sogenannte Schrottimmobilien, verschlechtern das Stadtbild, mindern die Lebensqualität und wirken als Magnet für Kriminalität und Vermüllung. Wir Freie Demokraten fordern ein entschlossenes Vorgehen der Stadt gegen solche Zustände.

Eine funktionierende Stadtgesellschaft lebt vom Mitmachen, auch wenn es um Sicherheit und Ordnung geht. Viele Bürgerinnen und Bürger beobachten Ordnungsverstöße oder fühlen sich in bestimmten Situationen unsicher, zögern jedoch, dies der Stadt mitzuteilen, aus Angst vor Konsequenzen oder weil der Weg zu umständlich ist. Dies gilt es zu verbessern.

2. Wirtschaft

Die Wirtschaftskraft Mülheims zu stärken ist für uns Freie Demokraten ein zentrales Anliegen.

Eine starke und florierende Wirtschaft bildet das Fundament für Wohlstand, Lebensqualität und sichere Arbeitsplätze in unserer Stadt. Deshalb setzen wir uns für eine wirtschaftsfreundliche Politik ein, die Unternehmen nachhaltig unterstützt, neue Arbeitsplätze schafft und Innovationen gezielt fördert.

Ein entscheidender Schritt ist die Senkung der Gewerbesteuer. Eine wettbewerbsfähige Steuerpolitik ist ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen. Daher fordern wir eine deutliche Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes auf den Durchschnitt der anderen Städte im Ruhrgebiet. Ein konkreter Stufenplan zur Senkung des Hebesatzes über die kommenden Jahre wird entwickelt. Parallel erfolgt eine Analyse der Auswirkungen auf die städtischen Finanzen, um die Tragfähigkeit sicherzustellen. Die Vorteile dieser Maßnahme kommunizieren wir aktiv mit Unternehmen und potenzielle Investoren. Diese Maßnahme wird Mülheim zu einem wettbewerbsfähigeren Standort machen und neue Investitionen anziehen.

Auch bei der Grundsteuer B setzen wir an. Diese Steuer belastet nicht nur Eigentümer, sondern auch Mieter über die Mietnebenkosten. Eine spürbare Senkung entlastet daher die Bürgerinnen und Bürger ebenso wie die Wirtschaft. Wir prüfen verschiedene Modelle und wählen dasjenige, das die größte Wirkung entfaltet. Die positiven Effekte auf die Wohnkosten werden wir transparent und verständlich kommunizieren. Insbesondere die Reform der Grundsteuer hat Anfang des Jahres viele Bürgerinnen und Bürger vor große finanzielle Herausforderungen gestellt. Wir setzen uns daher für eine transparente Kommunikation der Grundsteuerpolitik, gezielte Entlastungen sowie langfristige Planungssicherheit für Eigentümer und Mieter ein.

Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten lehnen wir Steuererhöhungen für Unternehmen entschieden ab. Statt neue Lasten zu schaffen, setzen wir auf Anreize und gezielte Förderung. In diesem Sinne sprechen wir uns auch klar für die Abschaffung von Bagatellsteuern, wie der Hundesteuer oder der Zweitwohnungssteuer aus. Diese Maßnahmen verringern den Verwaltungsaufwand und schaffen ein unternehmensfreundliches Klima.

Effizienz ist auch in der Verwaltung gefragt. Wir setzen uns daher für eine konsequente Entbürokratisierung in allen Bereichen der Verwaltung ein. Kapazitäten sollen geschaffen werden, um die Ansiedlung und Betreuung von Unternehmen zu verbessern und Genehmigungsprozesse zu beschleunigen. Dazu gehören zusätzliches Personal mit entsprechender Expertise, um die Anliegen von Unternehmen schnell und kompetent zu bearbeiten sowie optimierte interne Abläufe, um Genehmigungsverfahren zu beschleunigen und Wartezeiten zu verkürzen. Wir investieren in die Kompetenz unserer Verwaltung mit regelmäßigen Schulungen, die das Servicebewusstsein und wirtschaftliches Denken fördern.

Mülheim wird durch unsere liberale Politik zu einer Gründerstadt, in der innovative Ideen schnell und unkompliziert umgesetzt werden können. Die Gründung eines Unternehmens soll in Mülheim künftig innerhalb von 24 Stunden möglich sein.

Dafür wird eine zentrale Anlaufstelle eingerichtet, die alle notwendigen Informationen und Unterstützung bietet. Sämtliche Gründungsprozesse werden digitalisiert und durch Beratungs- und Mentorenangebote ergänzt, die Start-ups auf ihrem Weg zum Erfolg begleiten. Gleichzeitig fordern wir den Abbau unnötiger Genehmigungen, Normen und Vorschriften, besonders im Baurecht. Anträge, die nicht innerhalb von drei Monaten bearbeitet werden, sollen automatisch als genehmigt gelten.

Um Genehmigungsprozesse weiter zu vereinfachen, planen wir eine umfassende Überprüfung aller bestehenden Vorschriften und schaffen diejenigen ab, die nicht mehr

zeitgemäß oder unnötig sind. Prozesse werden digitalisiert und standardisiert. Eine zentrale Anlaufstelle („One-Stop-Shop“) wird Unternehmen dabei unterstützen, alle Anliegen effizient zu klären und den Kontakt mit der Verwaltung zu erleichtern.

Die Verwaltung soll künftig als aktiver Servicepartner für Unternehmen agieren und nicht als bürokratischer Verhinderer. Aus diesem Grund setzen wir uns für einen grundlegenden Kulturwandel in der Verwaltung ein, der auf Kooperation, Unterstützung und lösungsorientiertem Handeln basiert. Regelmäßige Gespräche mit Unternehmen, klare Leistungsstandards sowie Bearbeitungszeiten und eine stärkere interne Zusammenarbeit sind dafür zentrale Bausteine. Wir fördern die interne Kommunikation und Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Abteilungen der Verwaltung, um eine reibungslose Betreuung der Unternehmen zu gewährleisten. Ein einzuführendes transparentes Leistungsprinzip in der Verwaltung stärkt die Verantwortung und Motivation. Leistung muss sich lohnen. Messbare Ziele, objektive Beurteilungen und eine leistungsabhängige Anerkennung fördern eine dienstleistungsorientierte Verwaltungskultur. Werden Ziele nicht erreicht, müssen entsprechende Konsequenzen folgen, gute Leistungen wiederum werden belohnt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollen sich für ihre Ergebnisse verantworten müssen und sich rechtfertigen müssen, wenn sie ihre vereinbarten Ziele und Quoten nicht erfüllen.

Zudem setzen wir uns für eine organisatorische Trennung von Bauamt und Gewerbe ein, um effizienter und spezialisierter arbeiten zu können.

Auch die Verfügbarkeit von Gewerbeimmobilien muss verbessert werden, um Unternehmen anzusiedeln. Eine Anschubfinanzierung soll Investitionen in diesen Bereich fördern. Es wird ein Fonds zur Förderung von Gewerbeimmobilien eingerichtet. Zusätzlich werden Kriterien für die Vergabe von Fördermitteln entwickelt, die auf den Bedürfnissen der Unternehmen und der Stadtentwicklung basieren. Die Zusammenarbeit mit privaten Investoren und Projektentwicklern wird aktiv gesucht.

Eine lebendige Innenstadt braucht Vielfalt und Innovation. Pop-up-Geschäfte können der Innenstadt neue Impulse geben. Sie bieten Raum für kreative Konzepte und machen leerstehende Flächen nutzbar. Unbürokratische Rahmenbedingungen, temporäre Nutzung leerer Ladenlokale sowie gezielte Aktionen zur Sichtbarkeit gehören zu unserem Maßnahmenpaket. Wir wollen die Ansiedlung solcher Geschäfte aktiv fördern, um neue Konzepte zu erproben und die Attraktivität der Innenstadt zu steigern.

Ein einzigartiges Potenzial liegt im Mülheimer Hafen. Er soll stärker in das europäische Logistiknetz eingebunden und als wirtschaftlicher Motor ausgebaut werden. Dazu gehört eine bessere Anbindung an das überregionale Verkehrsnetz, gezielte Unternehmensansprache im Bereich Logistik und Handel sowie die Kooperation mit anderen Städten und Regionen. Unser Ziel ist es neue Wachstumsimpulse zu setzen. Wir verbessern die Infrastruktur des Hafens und arbeiten eng mit anderen Städten und Regionen zusammen, um die Potenziale gemeinsam zu nutzen.

Das Handwerk bildet das Rückgrat der lokalen Wirtschaft in Mülheim. Um dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wollen wir gezielt in die Förderung der dualen Ausbildung investieren. Wir setzen uns für eine stärkere Kooperation zwischen Handwerksbetrieben, Schulen und der Stadtverwaltung ein, um jungen Menschen den Einstieg ins Handwerk zu erleichtern und das Image handwerklicher Berufe aufzuwerten.

Mülheim soll insgesamt zu einem noch attraktiveren Standort für Unternehmen werden. Gute Infrastruktur, qualifizierte Fachkräfte und eine unkomplizierte Verwaltung sind dafür die zentralen Voraussetzungen. Innovation und neue Technologien sehen wir als Schlüssel, um die Wirtschaft zu stärken und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

3. Digitalisierung und Entbürokratisierung

Eine zukunftsfähige Stadt braucht eine Verwaltung, die schnell, effizient und bürgernah handelt. Wir Freie Demokraten wollen Mülheim zu einer modernen, digitalen und transparenten Kommune weiterentwickeln. Dazu gehören klare Zuständigkeiten, weniger Bürokratie und mehr digitale Angebote.

Genehmigungsverfahren müssen schneller, einfacher und nachvollziehbarer werden. Wir setzen auf digitale Prozesse mit echtem Mehrwert, nicht nur das Einscannen analoger Formulare, sondern ein vollständiger Systemwandel. Wo es sinnvoll ist, soll auch KI (Künstliche Intelligenz) eingesetzt werden, um Verwaltungsprozesse zu verschlanken und zu automatisieren. Die Verwaltung muss sich dabei auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Wir fordern eine Sunset-Klausel gemäß welchen neuen Regelungen grundsätzlich nach spätestens drei Jahren außer Kraft gesetzt werden. Zusätzlich setzen wir uns für das Prinzip „One in, two out“ ein. Dies bedeutet, dass für jede neue Regelung zwei alte entfallen sollen. So schaffen wir dauerhaft Übersichtlichkeit und Effizienz.

Ein digitales Bürgeramt mit modernen E-Government-Angeboten soll zum Standard werden. Eine zusätzliche Bürgeramtsstelle soll auf der linken Ruhrseite etabliert werden, um die Erreichbarkeit für Bürgerinnen und Bürger in diesem Stadtgebiet zu verbessern und die Wartezeiten bei der Terminvergabe zu verkürzen. Zudem fordern wir sogenannte Bürgerlotsen, die insbesondere älteren oder weniger digital-affinen Menschen beim Zugang zu digitalen Verwaltungsleistungen helfen.

Ein flächendeckender Glasfaser- und Breitbandausbau ist Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung. Wir wollen, dass Mülheim aktiv vorgeht und sich als digitale Modellkommune positioniert. Verwaltung, Bildungseinrichtungen, Wirtschaft und Bürgerinnen und Bürger sollen gleichermaßen davon profitieren.

Politik muss nachvollziehbar und zugänglich sein. Wir setzen uns für die digitale Übertragung von Ratssitzungen ein und wollen dadurch Bürgerinnen und Bürger stärker in kommunale Entscheidungsprozesse einbinden. Mülheim braucht mehr Offenheit.

4. Stadtentwicklung und Verkehr

Eine Stadt ist mehr als nur Beton. Sie ist Lebensraum, Begegnungsort und Zukunftsversprechen. Wir Freie Demokraten wollen Mülheim wieder zu einem Ort machen, in dem sich Menschen gerne aufhalten, wohnen, arbeiten und investieren. Dafür setzen wir auf eine mutige, zukunftsorientierte Stadtentwicklungspolitik, die Freiräume schafft, Lebensqualität verbessert und wirtschaftliche Chancen nutzt.

Die Innenstadt braucht wieder mehr Verkehrsfreundlichkeit und Lebendigkeit. Wir setzen uns dafür ein, den derzeitigen Stillstand des Verkehrs aufzulösen und wieder einen Zwei-Richtungsverkehr einzuführen, insbesondere auf der Leineweberstraße. Ein durchdachtes Verkehrskonzept mit angepassten Geschwindigkeiten kann die Stadt für alle zugänglicher und attraktiver machen. Dies bedeutet aber auch, Tempo 30 Zonen auf Wohngebiete zu beschränken. 20er-Zonen sollen abgeschafft und intelligente Ampelschaltungen flächendeckend eingeführt werden.

Radwege sind ein wichtiger Bestandteil moderner Verkehrsinfrastruktur – doch sie dürfen nicht einseitig zulasten des fließenden Autoverkehrs entstehen. Beispiele wie die Umgestaltung der Kaiserstraße zeigen, wie Verkehrsplanung nicht aussehen sollten. Wir stehen für individuelle Mobilität und setzen uns für ausgewogene Lösungen ein, bei denen alle Verkehrsteilnehmer fair berücksichtigt werden. Eine ideologisch geprägte Verkehrspolitik, die das Auto gezielt zurückdrängt, lehnen wir entschieden ab.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Nahverkehr muss flexibel, wirtschaftlich tragfähig und auf die Mobilitätsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten sein. Die defizitäre Straßenbahn in Mülheim erfüllt diese Anforderungen nicht mehr. Hohe Fixkosten, marode Infrastruktur und sinkende Fahrgastzahlen sprechen eine klare Sprache. Statt weiter Millionen in ein überholtes System zu stecken, setzen wir zukünftig auf einen zukunftsgerichteten Mobilitätsmix: flexible Buslinien mit

umweltfreundlichen Antrieben, bedarfsorientierte On-Demand-Angebote. Stadtverkehr braucht Innovation, keine Nostalgie. Deshalb wollen wir die Straßenbahn schrittweise durch ein intelligentes, digitales und vernetztes Mobilitätsangebot ersetzen. Die Mobilität der Zukunft bedeutet auch mehr Freiheit, mehr Service, weniger Kosten für Mülheim und seine Bürgerinnen und Bürger.

Wir fordern eine behutsame Rückgewinnung von Grünflächen, auch in der Innenstadt. Die Schloßstraße soll wieder ein Ort werden, an dem Aufenthaltsqualität und Urbanität miteinander verbunden sind. Mit dem Konzept der resilienten Schwammstadt wollen wir Regenwasser besser nutzen, Hitzeinseln reduzieren und die Stadt widerstandsfähiger gegen besondere Klimaereignisse machen.

Wir wollen die Stellplatzverordnung vereinfachen, um Investitionen nicht auszubremsen.

Die Brötchentaste soll weiterentwickelt werden, sodass auch zwei kurze Geschäftserledigungen möglich sind. Die Innenstadt braucht Erreichbarkeit.

Eine ausreichende Zahl an Parkplätzen ist essenziell für die Erreichbarkeit der Innenstadt und der Stadtteile. Statt Ideologie braucht es pragmatisches Parkraummanagement, das die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt. Mülheim braucht eine ausgewogene Verkehrspolitik, die alle mitdenkt, vom Anwohner über Besucher und Gewerbetreibende. Digitale Parkleitsysteme und intelligente Lösungen sorgen für weniger Suchverkehr und mehr Komfort. Der ÖPNV muss attraktiver werden, mit besserem Angebot, dichterem Takt und mehr Barrierefreiheit. Ein attraktiver ÖPNV ist eine wichtige Alternative zum Auto. Wir wollen das Angebot verbessern, die Taktfrequenz erhöhen und die Barrierefreiheit ausbauen. Der motorisierte Individualverkehr ist gleichwertig zu behandeln.

Die Menschen, die in einem Viertel leben, müssen sicher und zuverlässig einen Parkplatz in ihrer Nähe finden können. Anwohner brauchen Vorrang vor Dauerparkern.

Erleichterungen für die Außengastronomie sollen umgesetzt und Gebühren angepasst werden.

Wir setzen uns für die gezielte Aufstockung bestehender Gebäude ein. So schaffen wir neuen Wohn- und Gewerberaum, ohne weitere Flächen zu verbrauchen. Stadtentwicklung soll ressourcenschonend, wirtschaftlich und zukunftsfähig sein.

Der Flughafen Essen/Mülheim bietet ein wachsendes Potenzial. Wir wollen ihn positiv weiterentwickeln, inklusive moderner Nutzungsmöglichkeiten wie Drohnentechnologie sowie durch eine Ansiedlung von flughafenaffinem Gewerbe.

Die Hochschule Ruhr West ist ein wichtiger Innovations- und Impulsgeber für unsere Stadt. Wir setzen uns für eine engere Verzahnung von Stadtverwaltung, lokaler Wirtschaft und der HRW ein, um Synergien besser zu nutzen. Mülheim soll Hochschulstadt mit Strahlkraft sein – mit mehr studentischem Leben, besserer Infrastruktur für junge Menschen und gezielter Unterstützung für hochschulnahe Gründungen. Um den Kontakt zwischen der Stadt Mülheim und der Hochschulverwaltung zu intensivieren, soll die Stadt Mülheim einen Dies Acadademicus einführen.

Wir wollen intelligente Technologien für die Stadtentwicklung nutzen. Konzepte wie das der „Prediktiven Instandhaltung“ oder eine digitale Verkehrssteuerung können helfen, Mülheim sauberer, effizienter und lebenswerter zu machen. Die Smart City beginnt mit dem Mut, neue Wege zu gehen. Förderprogramme wie das Fassadenprogramm sind wichtige Impulse für die Attraktivität und den Werterhalt unserer Stadt. Durch gezielte Unterstützung von Eigentümern bei der Sanierung und Verschönerung von Gebäuden wird nicht nur das Stadtbild aufgewertet, sondern auch die Lebensqualität nachhaltig verbessert. Solche Programme wollen wir weiter ausbauen und fördern.

5. Integration und Migration

Migration prägt unsere Stadtgesellschaft. Sie bietet Chancen, stellt uns aber auch vor Herausforderungen. Integration gelingt nur, wenn sie auf klaren Regeln, gegenseitigem Respekt und dem Willen zur Teilhabe basiert. In Mülheim setzen wir auf eine verantwortungsbewusste Migrationspolitik, die Integration aktiv fördert, Regeln durchsetzt und unsere Werte schützt.

Integration ist eine Bringschuld. Wir unterstützen Zuwanderer mit gezielten Maßnahmen bei der Integration in unsere Gesellschaft. Gleichzeitig erwarten wir von jedem Einzelnen den unbedingten Willen zur Integration und zur aktiven Teilnahme an unserem Gemeinwesen. Integration beginnt mit Sprache, Respekt vor den Grundwerten unserer Gesellschaft und der Anerkennung unserer Rechtsordnung. Wer sich einbringen will, ist in Mülheim willkommen. Wer sich verweigert, muss mit klaren Konsequenzen rechnen.

Die deutsche Sprache ist Grundlage für Bildung, Arbeit und gesellschaftliche Teilhabe. Deshalb fordern wir verpflichtende Sprachkurse mit verbindlicher Teilnahme. Bei Nichtteilnahme oder fehlendem Fortschritt sollen Sanktionen folgen, zum Beispiel durch eine stufenweise Kürzung von Sozialleistungen. Gleichzeitig stellen wir ein ausreichendes Kursangebot bereit, das nach Vorkenntnissen differenziert und betriebliche Formate einschließt.

Eigenverantwortung und Erwerbstätigkeit sind zentrale Säulen einer erfolgreichen Integration. Zuwanderer sollen gezielt auf den Einstieg in den Arbeitsmarkt vorbereitet werden. Qualifikationsangebote müssen sich am Bedarf in Mülheim orientieren, vorhandene Fähigkeiten anerkannt und gezielt weiterentwickelt werden. Unternehmen erhalten Unterstützung bei der Integration von Migrantinnen und Migranten in Ausbildung und Beschäftigung. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist ein zentraler Baustein für ein selbstbestimmtes Leben. Wir setzen uns aktiv für die Integration von

Migranten in den Arbeitsmarkt ein, unter anderem durch gezielte Aus- und Fortbildungsmaßnahmen. Qualifizierungsangebote werden auf die Bedürfnisse des lokalen Arbeitsmarktes zugeschnitten und die vorhandenen Qualifikationen der Zuwanderer berücksichtigt.

Wir schaffen Mentorenprogramme, in denen Mülheimer Bürgerinnen und Bürger Neuankömmlinge bei der Orientierung und Integration unterstützen. Interkulturelle Begegnungen und Initiativen stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördern den Austausch und das gegenseitige Verständnis. Wer dauerhaft in Mülheim lebt, soll seine Chancen nutzen, unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus, aber auf Basis gemeinsamer Regeln.

Ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Ausländer lehnen wir ab. Die Staatsbürgerschaft bleibt Voraussetzung für politische Teilhabe.

Um den Missbrauch von Sozialleistungen zu unterbinden und die Verwaltung zu entlasten, setzen wir uns für die zügige Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete ein. Diese Maßnahme bringt mehr Kontrolle, Fairness und Transparenz. Wir arbeiten eng mit dem Land NRW zusammen, um die Bezahlkarte schnellstmöglich umzusetzen. Wir informieren die Öffentlichkeit transparent über die Funktionsweise und die Vorteile der Bezahlkarte.

Wer Leistungen erhält und arbeitsfähig ist, soll einen Beitrag leisten. Daher fordern wir, dass sie zu gemeinnütziger Arbeit verpflichtet werden, z.B. bei der Reinigung und Instandhaltung ihrer Unterkünfte. Das stärkt das Verantwortungsgefühl und fördert die Integration. Dabei wird auf gesundheitliche Einschränkungen und individuelle Fähigkeiten Rücksicht genommen.

Steuergeld ist kein Selbstzweck. Wir hinterfragen Sozialleistungen kritisch, führen regelmäßig Überprüfungen der Leistungsansprüche durch und nutzen digitale Lösungen, um den Verwaltungsaufwand sowie um Fehler zu reduzieren. Dadurch wird

sichergestellt, dass die Leistungen denjenigen zugutekommen, die sie wirklich benötigen. Über Rechte und Pflichten wird umfassend informiert, Missbrauch konsequent verfolgt.

Importierter Rassismus, Antisemitismus oder Intoleranz haben in Mülheim keinen Platz. Wir erkennen an, dass es auch in Zuwanderergruppen zu rassistischen Einstellungen und Verhaltensweisen kommen kann. Wir nehmen das Problem des importierten Rassismus ernst und setzen uns für gezielte Maßnahmen ein, um diesem entgegenzuwirken.

Bürgergesellschaft, Vereine und Initiativen, die sich für Vielfalt, Integration und Toleranz engagieren, verdienen Unterstützung. Projekte, die Begegnungen ermöglichen und Zusammenhalt fördern, leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Stadt.

6. Bildung und Familie

Bildung bildet das Fundament für persönliche Entfaltung und gesellschaftlichen Fortschritt. Von der frühkindlichen Betreuung bis zur Schule sollen alle Kinder bestmögliche Chancen erhalten. Hochwertig ausgestattete Einrichtungen, engagiertes und qualifiziertes Personal sowie individuelle Förderung sind dafür unverzichtbar. Mülheim muss eine Stadt sein, die Familien aktiv unterstützt, mit ausreichend Betreuungsplätzen, flexiblen Betreuungsangeboten und einer familienfreundlichen Infrastruktur. Auch private Initiativen zur Kinderbetreuung verdienen unsere Förderung, um Vielfalt und Innovation zu stärken. Die Volkshochschule als zentrale Einrichtung des lebenslangen Lernens soll ausgebaut und stärker in die Bildungslandschaft eingebunden werden. Außerdem muss die Stadt ihre Aufgabe als Schulträger ernst nehmen und für eine zeitgemäße räumliche wie sachliche Ausstattung der Schulen sorgen. Dazu gehört auch eine stärkere Digitalisierung der Schulen, mehr Investitionen in moderne Lehrmittel und gezielte Förderung von MINT-Fächern, um junge Menschen optimal auf die Herausforderungen der Zukunft vorzubereiten. Die Schule ist ein entscheidender Ort für junge Menschen, um Demokratie zu lernen und zu erleben. Dies findet in unterrichtlichen wie außerunterrichtlichen Lerngelegenheiten statt. Dabei haben außerschulische Lernorte eine besondere Bedeutung. Hier kann die Kommune mit eigenen erinnerungskulturellen Angeboten einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung leisten. Weiterbildung und berufliche Qualifikation müssen für alle Altersgruppen leicht zugänglich sein, um Chancengleichheit und persönliche Entwicklung zu fördern.

Freizeit und Naherholung sind zentrale Bausteine für das Wohlbefinden und die gesunde Entwicklung von Familien und Kindern. Grüne Oasen, gut gepflegte Parks und sichere Spielplätze bieten Kindern nicht nur Raum für Bewegung und Entdeckung, sondern fördern auch soziale Kompetenzen und inneres Wachstum. Ein vielfältiges

Freizeitangebot, das kulturelle und sportliche Aktivitäten einschließt, unterstützt zudem die ganzheitliche Bildung und stärkt den Zusammenhalt in der Gemeinschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, diese Erholungsräume in Mülheim nicht nur zu erhalten, sondern auszubauen und für alle Generationen zugänglich zu machen.

7. Klima und Umwelt

Klimabedingte Veränderungen stellen eine große Herausforderung dar. Mülheim soll zu einer klimafreundlichen Stadt werden. Klimaschutz ist wichtig, muss aber mit Augenmaß erfolgen und darf die Bürger nicht überfordern.

Vorgärten sind Eigentum der Bürgerinnen und Bürger und Eigentum ist eine tragende Säule unserer freiheitlichen Ordnung. Eingriffe durch Bebauungspläne, Gestaltungssatzungen oder pauschale Klimavorgaben, die individuelle Entscheidungen einschränken, lehnen wir ab. Eine faktische Enteignung durch die Hintertür widerspricht dem Grundgedanken des Rechtsstaats. Gestaltungsvorgaben im Privatbereich ersetzen wir durch Aufklärung, Anreize und Freiwilligkeit. Bürger entscheiden aus guten Gründen selbst, wie sie ihre Vorgärten nutzen. Diese Entscheidungen verdienen Respekt, nicht Reglementierung. Die Kommune hat das Eigentum zu schützen.

Gleichzeitig gehört eine kluge Stadtentwicklung zur Vorsorge. Der Erhalt natürlicher Frischluftschneisen ist ein zentrales Element für eine klimaresistente Stadt. Besonders im Bereich des Flughafens muss der Charakter als Belüftungszone dauerhaft gesichert bleiben, um die Überhitzung der Stadt an heißen Tagen zu verhindern.

Klimaanpassung beginnt nicht erst beim nächsten Extremwetter, sondern mit verantwortungsvoller Planung. Mülheim soll klimafreundlich gestaltet werden, pragmatisch, technologieoffen und realistisch. Der Ausbau erneuerbarer Energien, die Steigerung der Energieeffizienz und nachhaltige Mobilitätskonzepte gehören ebenso dazu wie ein starker Fokus auf Freiheit, Eigentum und Eigenverantwortung.

8. Solide Finanzen

Finanzielle Stabilität ist die Grundlage für eine leistungsfähige und zukunftsfähige Kommune. Haushaltsdisziplin, Transparenz und ein effizienter Mitteleinsatz sind zentrale Prinzipien liberaler Haushaltspolitik. Statt kurzfristiger Symbolpolitik braucht Mülheim eine nachhaltige Finanzstrategie, die langfristig Spielräume schafft und zukünftige Generationen nicht überlastet.

Investitionen sollen dort erfolgen, wo sie echten Mehrwert schaffen, insbesondere in Bildung, Infrastruktur und zukunftsorientierte Technologien. Altschuldenregelungen dürfen kein Selbstzweck sein, sondern müssen Teil einer strukturell nachhaltigen Finanzpolitik werden. Nur so wird Generationengerechtigkeit Wirklichkeit.

Eine umfassende Nutzenanalyse der städtischen Aufgabenfelder soll genutzt werden, um Einsparpotenziale zu identifizieren, ohne pauschale Kürzungen nach der Kettensägen-Methode. Effizienzsteigerungen und gezielte Prioritätensetzung gehen vor blindem Rotstift.

Ziel bleibt eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger bei gleichzeitiger Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit. Steuergelder sind kein Selbstbedienungsladen, sondern ein Vertrauensvorschuss, der mit Verantwortung zu verwalten ist.

9. Soziales und Gemeinschaft

Ein starkes Mülheim lebt vom Zusammenhalt seiner Bürgerinnen und Bürger. Begegnungsräume, gelebtes Ehrenamt und eine offene Kommunikation schaffen Identifikation mit der Stadt. Wer sagt „Das ist meine Stadt. Ich kümmere mich darum!“, trägt aktiv zur Lebensqualität und zum sozialen Miteinander bei. Diese Haltung wollen wir stärken. Mülheim soll ein Ort sein, an dem unterschiedliche Lebensentwürfe friedlich und frei nebeneinander bestehen können. Auch soziale Infrastruktur ist entscheidend für den Zusammenhalt. Eine verlässliche medizinische Versorgung gehört zur Daseinsvorsorge. Dafür sollen neue Haus- und Facharztpraxen gefördert, die Krankenhäuser in ihrer Leistungsfähigkeit gestärkt und die ambulante Versorgung weiter ausgebaut werden.

Digitale Lösungen im Gesundheitswesen bieten Chancen, Versorgung effizienter und besser zu gestalten. Vernetzte Systeme, digitale Terminvergaben und moderne Kommunikationswege entlasten Patienten und medizinisches Personal gleichermaßen.

Teilhabe bedeutet auch, weder sozial noch infrastrukturell abgehängt zu werden. Wir setzen uns aktiv dafür ein, dass alle Menschen in Mülheim die gleichen Chancen haben, unabhängig von ihrer Herkunft. Deshalb fördern wir bürgerschaftliches Engagement, generationenübergreifende Projekte und eine soziale Stadtentwicklung, die auf Eigenverantwortung und Mitwirkung setzt, statt auf bevormundende Sozialpolitik.

10. Sport, Kultur und Tourismus

Sport ist kein Beiwerk, sondern Kernbestandteil einer lebendigen Stadt. Wir Freie Demokraten machen Mülheim zu einer echten Sportstadt, mit modernen Anlagen, klarer Unterstützung für Vereine und konsequenter Förderung von Bewegung in Alltag und Freizeit.

Veraltete Sportstätten und bürokratische Hürden bremsen den Sport in Mülheim. Das ändern wir und treiben die Sanierung und den Ausbau von Sportinfrastruktur entschlossen voran. Vereinsarbeit verdient Respekt sowie echte Unterstützung und keine Papierflut. Schulhöfe und Hallen müssen auch nach Schulschluss für Sport, Bewegung und Begegnung offenstehen.

Für uns ist klar, dass Sport die Gesundheit, Gemeinschaft und den Zusammenhalt stärkt. Mülheim hat das Potenzial zur echten Sportstadt und wir machen das möglich.

Der Erhalt und Ausbau eines hochwertigen und vielfältigen Kulturangebots stärken das Gemeinschaftsgefühl und machen Mülheim attraktiv für alle Generationen. Kunstfreiheit muss als Grundrecht geschützt und vor politischen Einflussnahmen bewahrt werden, damit Kreativität und Meinungsvielfalt uneingeschränkt gedeihen können. Die Freilichtbühne als besonderer Veranstaltungsort verdient dabei besondere Förderung und Unterstützung. Darüber hinaus setzen wir uns für bessere finanzielle Rahmenbedingungen für Künstlerinnen und Künstler sowie kulturelle Einrichtungen ein und fördern innovative Kulturprojekte, die neue Zielgruppen ansprechen. Digitale Formate und der Einsatz von AR (Augmented Reality) oder VR (Virtual Reality) sollen verstärkt genutzt werden, um Kultur noch zugänglicher zu machen. Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche sowie die Einbindung von Vereinen und Initiativen sind wesentliche Bausteine für eine lebendige Kulturlandschaft in Mülheim.

Die Ruhr prägt Mülheim als bedeutenden Standort für Tourismus in der Region. Mit seinen vielfältigen kulturellen Einrichtungen und sehenswerten Attraktionen bietet unsere Stadt ein attraktives Ausflugsziel für Besucherinnen und Besucher. Unser Bestreben ist es, die Bekanntheit unserer Stadt über die Stadtgrenzen hinaus deutlich zu steigern und das touristische Potenzial nachhaltig zu entfalten. Mehr Belebung, wirtschaftlicher Aufschwung und eine starke lokale Identität sind für uns nicht nur wünschenswerte Nebeneffekte, sondern zentrale Ziele, die wir durch gezielte Förderung des Tourismus konsequent vorantreiben wollen.

Reserveliste für den Rat

1.	Peter Beitz
2.	Markus Schulz
3.	Alondra von Groddeck
4.	Finn Pentermann
5.	Lena Schulz
6.	André Pütz
7.	Carsten Ulff
8.	Theresa Voiß
9.	Philip Beckmann
10.	Benjamin Golembe
11.	Florian Pfeiffer
12.	Prof. Dr. Moritz Pöschke
13.	Dr. Tobias Weimar

14.	Kathrin Kulik
15.	Theo Bernemann
16.	Marc Steinmetz
17.	Dominik Sritharan
18.	Liam Boyd
19.	Sina Mohammadi
20.	John König
21.	Katharina Koch
22.	Constantin Bendig
23.	Lukas Witzke
24.	Jannis Lux
25.	Wolf Hausmann
26.	Jürgen Plückhan



Ihre Kandidaten in den Kommunalwahlbezirken

Wahlbezirk		Kandidat
1.	Stadtmitte-Zentrum	Markus Schulz
2.	Eppinghofen-Nordwest	Kathrin Kulik
3.	Eppinghofen-Ost	Katharina Koch
4.	Stadtmitte-Ost	John König
5.	Kahlenberg	Finn Pentermann
6.	Holthausen-Süd	Theresa Voiß
7.	Holthausen-Nord	Wolf Hausmann
8.	Heißen-Süd, Heimaterde	Benjamin Golembe
9.	Heißen-Mitte	Dominik Sritharan
10.	Heißen-Ost	Alexander Kriz
11.	Winkhausen	Sina Mohammadi
12.	Mellinghofen	Lena Schulz
13.	Dümpten-Süd	Philip Beckmann
14.	Dümpten-Nordost	Liam Boyd
15.	Dümpten-Nordwest	Florian Pfeiffer
16.	Dümpten-Styrum	Marc Steinmetz
17.	Styrum-Nord	Jannis Lux
18.	Styrum-Süd	Jürgen Plückhan
19.	Speldorf-Nordwest	André Pütz
20.	Speldorf-Süd	Constantin Bendig
21.	Speldorf-Nordost	Lukas Witzke
22.	Broich-Nord	Prof. Dr. Moritz Pöschke
23.	Broich-Süd	Theo Bernemann
24.	Saarn-Zentrum	Alondra von Groddeck
25.	Saarn-Siedlungen	Peter Beitz
26.	Saarner Kuppe	Dr. Tobias Weimer
27.	Saarn-Süd, Mintard, Selbeck	Carsten Ulf

Ihre Kandidaten in den Bezirksvertretungen

Bezirksvertretung 1 – Rechtsruhr-Süd

1. Finn Pentermann
2. Benjamin Golembe
3. Theresa Voiß
4. Lena Schulz

Bezirksvertretung 2 – Rechtsruhr-Nord

1. Philip Beckmann
2. Florian Pfeiffer
3. Liam Boyd
4. Marc Steinmetz

Bezirksvertretung 3 – Linksruhr

1. Alondra von Groddeck
2. Carsten Ulf
3. André Pütz
4. Theo Bernemann

**Freie
Demokraten**

FDP

Kommunalwahl 2025

Mülheim kann mehr.

Wir zeigen wie.